

***Berliner Erklärung
des 15. Deutschen Präventionstages***

Aus: Erich Marks (Hrsg.):
Prävention & Demokratieförderung
Gutachterliche Stellungnahmen zum
24. Deutschen Präventionstag
Forum Verlag Godesberg GmbH 2019, Seite 231-236

978-3-96410-004-7 (Printausgabe)
978-3-96410-005-4 (eBook)

Berliner Erklärung des 15. Deutschen Präventionstages

10. und 11. Mai 2010 in Berlin

„Bildung – Prävention – Zukunft“

Bildung und Qualifizierung sind die Voraussetzung für individuelle Lebenschancen und soziale Teilhabe. In Deutschland wird der Bildungserfolg jedoch in hohem Maß von Schicht und Herkunft bestimmt. Einkommens-, Bildungs- und Integrationsarmut, die Erfahrung sozialer Ungerechtigkeit und sozialen Ausschlusses können Kriminalität, insbesondere Gewaltdelinquenz begünstigen. Bildungsgerechtigkeit, gleiche Chancen beim Zugang zu Bildung, sind deshalb auch ein Beitrag zur Prävention von Gewalt und Kriminalität.

Die Bildung der nachwachsenden Generation ist eine der zentralen Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft. Deshalb hat der 15. Deutsche Präventionstag „Bildung – Prävention – Zukunft“ zu seinem Schwerpunktthema gemacht und damit eine Problematik aufgegriffen und vertieft, die bereits bei den Verhandlungen des 14. Deutschen Präventionstages deutlich wurde: Das Zusammenwirken von Bildungsgerechtigkeit, Integration und sozialer Teilhabe bei der Entstehung, wie erst recht bei der Verhinderung von Gewaltdelinquenz.

Auf der Basis des Gutachtens von Dr. Wiebke Steffen „Lern- und Lebensräume von Kindern und Jugendlichen als Orte von Bildung und Gewaltprävention“ zum Schwerpunktthema geben der Deutsche Präventionstag, seine ständigen Veranstaltungspartner sowie seine diesjährigen gastgebenden Veranstaltungspartner diese „Berliner Erklärung“ ab.

Gesellschaftliche Veränderungen und ihre sozialen Folgen beeinträchtigen die Bildungsgerechtigkeit in Deutschland: Der Bildungserfolg wird in hohem Maße von Schicht und Herkunft bestimmt, soziale Ungleichheit wird so vererbt

- Modernisierungsprozesse haben dazu geführt, dass Kinder und Jugendliche heute in einer Gesellschaft aufwachsen, die zum einen durch die Pluralisierung von Lebensstilen, Werthaltungen und Zielen, zum andern durch sozialstrukturell höchst unterschiedlich gestaltete Lebenschancen und Lebenslagen gekennzeichnet ist.
- Mit diesen Veränderungen sind Chancen wie Risiken verbunden. Die meisten Kinder und Jugendlichen sind in der Lage, die Herausforderungen ohne größere Auffälligkeiten zu bewältigen und gut ins Leben zu finden. Es gibt aber auch junge Menschen, welche die Chancen nicht nutzen können, die überfordert sind und an den Risiken scheitern.
- Denn die Bedingungen für eine selbstbestimmte Nutzung der Chancen setzen Ressourcen voraus, die für diese Aufwachsenden nicht erreichbar sind. Das betrifft insbesondere Kinder und Jugendliche unterer Sozialgruppen – darunter viele mit einem Migrationshintergrund. Zu diesen Risikogruppen gehören mindestens ein Fünftel bis zu einem Viertel aller jungen Menschen.
- Die Bildungssysteme sind derzeit noch nicht hinreichend in der Lage, diese Benachteiligungen abzubauen. Risikolagen führen zu einer deutlichen Verschlechterung der Bildungschancen. Nach wie vor besteht in Deutschland die Problematik herkunftsbedingter Ungleichheit – und die damit verbundene Diskussion um Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit.

Bildung ist mehr als Schule: Lern- und Lebensräume von Kindern und Jugendlichen als Bildungsorte

- Bildung ist mehr als Schule, nämlich ein kontinuierlicher Prozess im Lebensverlauf, der an vielen Orten des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen stattfindet. Die (Bildungs-)Leistungen dieser Lern- und Lebensräume können aber offensichtlich immer weniger selbstverständlich für alle jungen Menschen sichergestellt werden, weshalb diese dann auch nicht auf die für den Schulerfolg notwendigen bildungsrelevanten Ressourcen zurückgreifen können.
- Vieles, was der Schule zugeschrieben wird, Positives wie Negatives, Erfolge wie Misserfolge, ist keineswegs ausschließlich oder auch nur überwiegend auf die Schule allein zurückzuführen. Die formale Bildung, die Schule, kann nur funktionieren, wenn die Bildungsorte vor und neben ihr funktionieren. Zu nennen sind hier insbesondere die Bildungsorte Familie, Kindertagesbetreuung,

Angebote und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Diese Bildungsorte sind – zusammen mit der Schule – für das Aufwachsen praktisch aller Kinder relevant sowie von gleichrangiger Bedeutung, weshalb sie auch aufeinander bezogen sein und miteinander kooperieren sollten.

- Eine entscheidende Bedeutung für den Erfolg von Lern- und Bildungsprozessen kommt der Familie zu; und dieser Erfolg hängt in hohem Maße von ihrer sozialen Lage, ihren Lebensbedingungen ab. Der Einfluss der Familie ist so groß, dass Ungleichheiten anschließend durch Unterstützungssysteme und Bildungsinstitutionen nur schwer wieder ausgeglichen werden können. Die Familie muss als Ort der Bildung anerkannt und gestärkt werden, wenn weitere Maßnahmen der Bildungsförderung nicht vergeblich sein sollen.
- Die Kindertagesbetreuung, das Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung, ist ein Weg, Benachteiligungen durch einen frühen Zugang zu öffentlich organisierten und verantworteten Bildungsorten und bildungsfördernden Lebenswelten auszugleichen. Auch die weiteren Angebote und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sind nicht unerheblich an den Bildungsverläufen von Kindern und Jugendlichen im Schulalter beteiligt und spielen eine zentrale Rolle als außerschulische Lernorte, die Bildungsprozesse auf der Grundlage von aktiver Beteiligung und Mitwirkung ermöglichen.

Bildung ist Prävention, Prävention ist Bildung

- Bildungsorte sind als Lern- und Lebensräume von Aufwachsenden gleichzeitig auch Orte, an denen sich Gewalt ereignen und an denen Gewalt verhindert werden kann. Strategien, Programme und Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt im Kindes- und Jugendalter können demgemäß auch unter dem Aspekt der Bildung verstanden und beschrieben werden.
- Denn zum einen stellen alle auf die Person bezogenen Formen von Gewaltprävention Bildungsansprüche, sind auf die Entwicklung der Persönlichkeit, die Ausbildung von Identität und den Erwerb von Handlungskompetenzen gerichtet. Zum andern lässt sich der überwiegende Teil der in den letzten Jahren entwickelten Strategien als pädagogische Strategien kennzeichnen. Diese Ausrichtung wird der Tatsache gerecht, dass es die Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter mit Aufwachsenden zu tun hat – und auftretende oder drohende Gewalt als Lernchancen verstanden werden

können, ggf. auch als Chancen für pädagogische Unterstützung.

- Gewaltpräventive Strategien in der Familie richten sich überwiegend an die Eltern mit dem Ziel der Stärkung und Förderung ihrer Erziehungs- und Beziehungskompetenzen, um so (auch) zu verhindern, dass Kinder zu Opfern elterlicher Gewalt werden mit ihren erheblichen Folgeproblemen für die weitere Entwicklung der Kinder. In der Kindertagesbetreuung, der Schule, sowie in den Angeboten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe stehen dagegen vor allem die jungen Menschen selbst im Fokus der Maßnahmen, Programme und Strategien. ▪
- Die für die letzten Jahre festzustellende günstige Entwicklung der Gewaltkriminalität im Kindes- und Jugendalter allgemein, aber auch an den vier hier analysierten Bildungsorten Familie, Kindertagesbetreuung, Schule, Angebote und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, bestätigt die pädagogische Ausrichtung der Gewaltprävention ebenso wie ihre Leistungen für die Integration und soziale Teilhabe der Aufwachsenden.

Der Deutsche Präventionstag appelliert an die Verantwortlichen in der Politik und in den Medien sowie in zivilgesellschaftlichen Gruppierungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene:

1. Den Beitrag der zunehmend pädagogisch ausgerichteten Gewalt- und Kriminalprävention zu Integration und sozialer Teilhabe wahrzunehmen, zu würdigen und diesen bewährten Weg der Verdeutlichung gesellschaftlich verbindlicher Normen und Werte zu unterstützen und auszubauen.
2. Weiterhin alle Anstrengungen zu unternehmen, die Familien in ihren Erziehungs- und Beziehungskompetenzen zu unterstützen, die Ursachen von Armut und Benachteiligung entschieden zu bekämpfen, Kindern und ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard sowie Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Bei aller Bedeutung von Maßnahmen früher Förderung und früher Hilfen gilt es, perfektionierte Kontrollsysteme zu vermeiden, das Erziehungsrecht der Eltern zu respektieren und auf Freiwilligkeit und Partizipation zu setzen.
3. Die Kindertagesbetreuung weiter auszubauen, wobei allerdings darauf geachtet werden muss, diese Einrichtungen der frühen, individuell orientierten Förderung nicht mit Erwartungen zu überhäufen, denen die Einrichtungen und die in ihnen tätigen Fachkräfte unter den derzeit geltenden Rahmenbedingungen gar nicht

entsprechen können. Eltern müssen stärker und systematischer in die Erziehungs- und Bildungsprozesse der Kindertageseinrichtungen einbezogen werden. Ihr Ausbau zu Zentren für integrierte und niedrigschwellig zugängliche Dienstleistungsangebote ist anzustreben.

4. Den Auf- und Ausbau der Schulen zu gebundenen Ganztagschulen zu forcieren, insbesondere auch mit dem Ziel, die herkömmliche Unterrichtsschule um andere Bildungsinhalte und andere Formen des Lernens zu ergänzen. Die Bildungssysteme sind im Hinblick auf eine Verstärkung des Prinzips der individuellen Förderung und Unterstützung, des Ausbaus ganztägiger Angebote und der Vernetzung der formellen und informellen Bildung weiterzuentwickeln. Dazu ist nicht nur die Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe anzustreben, sondern auch die Schaffung von neuen Bildungsorten hin zu lokalen Bündnissen für Bildung und kommunalen Bildungslandschaften.
5. Alle Anstrengungen zu unternehmen, um Bildungsgerechtigkeit herzustellen als der Voraussetzung für individuelle Lebenschancen und gesellschaftliche Teilhabe und damit auch für die Verhinderung von Gewalt und Kriminalität.

Der 15. Deutsche Präventionstag verweist in diesem Zusammenhang auf die Verhandlungen des 12., 13. und des 14. Deutschen Präventionstages, die Forderungen und Appelle der „Wiesbadener Erklärung“, der „Leipziger Erklärung“ und der „Hannoveraner Erklärung“. Ihre Aktualität und Dringlichkeit bestehen unvermindert fort.

Berlin, 11. Mai 2010

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	5
<i>Berliner Erklärung</i> des 24. Deutschen Präventionstages	9
I. Gutachterliche Stellungnahmen zum 24. Deutschen Präventionstag	
<i>Manfred Görtemaker</i> Demokratieentwicklung und Gefährdungen	27
<i>Harald Welzer</i> Ein gesellschaftspolitischer Essay zu den heutigen Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Demokratieförderung	73
<i>Roland Eckert, Coerw Krüger, Helmut Willems</i> Gesellschaftliche Konflikte und Felder der Prävention	101
<i>Björn Milbradt, Katja Schau, Frank Greuel</i> (Sozial-)pädagogische Praxis im Handlungsfeld Radikalisierungsprävention – Handlungslogik, Präventionsstufen und Ansätze	141
<i>Andreas Beelmann</i> Grundlagen eines entwicklungsorientierten Modells der Radikalisierung	181
II. Erklärungen des Deutschen Präventionstages und seiner Veranstaltungspartner	
<i>Wiesbadener Erklärung</i> des 12. Deutschen Präventionstages	213

<i>Leipziger Erklärung</i> des 13. Deutschen Präventionstages	221
<i>Hannoveraner Erklärung</i> des 14. Deutschen Präventionstages	225
<i>Berliner Erklärung</i> des 15. Deutschen Präventionstages	231
<i>Oldenburger Erklärung</i> des 16. Deutschen Präventionstages	237
<i>Münchener Erklärung</i> des 17. Deutschen Präventionstages	243
<i>Bielefelder Erklärung</i> des 18. Deutschen Präventionstages	247
<i>Karlsruher Erklärung</i> des 19. Deutschen Präventionstages	253
<i>Frankfurter Erklärung</i> des 20. Deutschen Präventionstages	261
<i>Magdeburger Erklärung</i> des 21. Deutschen Präventionstages	269
<i>Dresdner Erklärung</i> des 23. Deutschen Präventionstages	277
Autor*innen	283